Stadt droht mit Gericht

Keine Minimallösung bei Deponiesicherung Münchehagen

Rehburg/Münchehagen (re). Die Stadt Rehburg-Loccum wird das ruhende Verfahren vor dem Oberlandesgericht Lüneburg dann umgehend wieder aufgreifen, wenn Minimallösungen kommen und keine vernünftige Lösung zur Sicherung und Sanierung der Giftdeponie Münchehagen einerseits und keine auf Vertrauen gegründete Arbeit in den Münchehagen-Gremien andererseits möglich sind. Die Stadt befindet sich in Abstimmung mit dem Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Geulen (Berlin).

Der Erklärung von Verwaltungschef Dieter Hüsemann stimmte der Stadtrat zu. Zuvor hatte Hüsemann – selbst Mitglied in den Münchehagen-Gremien – Entwicklung, Rechtslage und politische Willenserklärungen des Landtags sowie des Umweltministeriums erläutert. Er vertritt die Auffassung, daß die Landesregierung selbst dann nicht an einer Sicherung und Sanierung der Giftkippe herumkommt, wenn die Landesämter für Ökologie und Bodenforschung wie beabsichtigt nachweisen, daß das Tongestein Schadstoffe aus der Deponie zurückhält und so Gefahren für die Umgebung minimieren. Denn: Das Gericht habe darauf verwiesen, daß Sicherungsmaßnahmen kein geeignetes Mittel darstellen, den grundsätzlich bestehenden Anspruch der Stadt auf Beseitigung der illegalen Deponie abzuwenden. Nur ein Planfeststellungsverfahren könnte die Deponie nachträglich genehmigen. Dafür fehlen laut Hüsemann alle Standortvoraussetzungen. Der Verwaltungschef ließ den Eindruck durchblicken, daß hinter der Krise die Finanzmisere bzw. der Einfluß des Finanzministeriums auf das Umweltministerium stecken könnte. „Ich gebe mich keinen Illusionen mehr hin. Das scheint alles festgelegt zu sein", sagte er auf HARKE-Nachfrage

Die Umweltministerin kommt nach Hüsemanns Worten nicht so einfach an den neuen Erkenntnissen der Landesämter vorbei. Daß die Berechnungen hinter verschlossenen Türen gelaufen seien, widerspreche den klaren Vereinbarungen aller Beteiligten im Münchehagen-Verfahren. Nach der Sitzung machte eine Bürgerin klar, sollte sich das Land aus der Sicherung und Sanierung verabschieden, werde auf den Straßen mobil gemacht. Entsprechend hatten sich die Bürgerinitiativen und der BUND geäußert.